Präambel Gemäß § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) vom 04.07.1994 (GV.NW.S.666) in der z.Zt. geltenden Fassung und § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung vom 27.08.1997 (BGBI.I S.2141) in Verbindung mit der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO) vom 23.01.1990 (BGBI.I S.132) in der z.Zt. geltenden Fassung hat der Rat der Stadt Iserlohn am 14.12.2010 die planungsrechtlichen Festsetzungen dieses Bebauungsplanes als Satzung beschlossen. Rechtsgrundlage für den Bebauungsplan ist §13a Baugesetzbuch in der Fassung vom 27.12.2006.

Planunterlagen

Die Planunterlagen entsprechen den Anforderungen des § 1 der Planzeichenverordnung vom 18.12.1990 (BGBI.I Nr.3/91). Die Planunterlagen haben den Stand vom November 2008. Die Festlegung der städtebaulichen Planung ist eindeutig.

Iserlohn, den 02.09.2009 Der Bürgermeister

(Dodt) Städt.Verm.-Rat

Aufstellungsbeschluss

Der Rat der Stadt Iserlohn hat die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 358 gem § 13a am 16.09.2008 beschlossen.

Iserlohn, den 30.09.2008 Der Bürgermeister In Vertretung

gez. Dr. Ahrens

Erster Beigeordneter

Entwurfs- und Offenlegungsbeschluss

Der Rat der Stadt Iserlohn hat am 15.12.2009 den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 358 nebst Begründung und die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs.2 BauGB beschlossen.

Iserlohn, den 22.12..2009 Der Bürgermeister

gez. Dr. Ahrens

(Dr Ahrens)

Offenlegung

Der vorliegende Bebauungsplan Nr. 358 und die Begründung haben gem. § 3 Abs. 2 BauGB vom 11.01.2010 bis 12.02.2010 öffentlich

Iserlohn, den 29.03.2010 Der Bürgermeister Im Auftrag

gez. Olaf Pestl (Olaf Pestl)

Ressortleiter

Satzungsbeschluss

Der Rat der Stadt Iserlohn hat den vorliegenden Bebauungsplan Nr. 358 auf der Grundlage der GO NW in Verbindung mit § 10 BauGB am 14.12. 2010 als Satzung beschlossen.

Iserlohn, den 17.01.2011 Der Bürgermeister:

gez. Dr. Ahrens (Dr. Ahrens)

Bekanntmachung

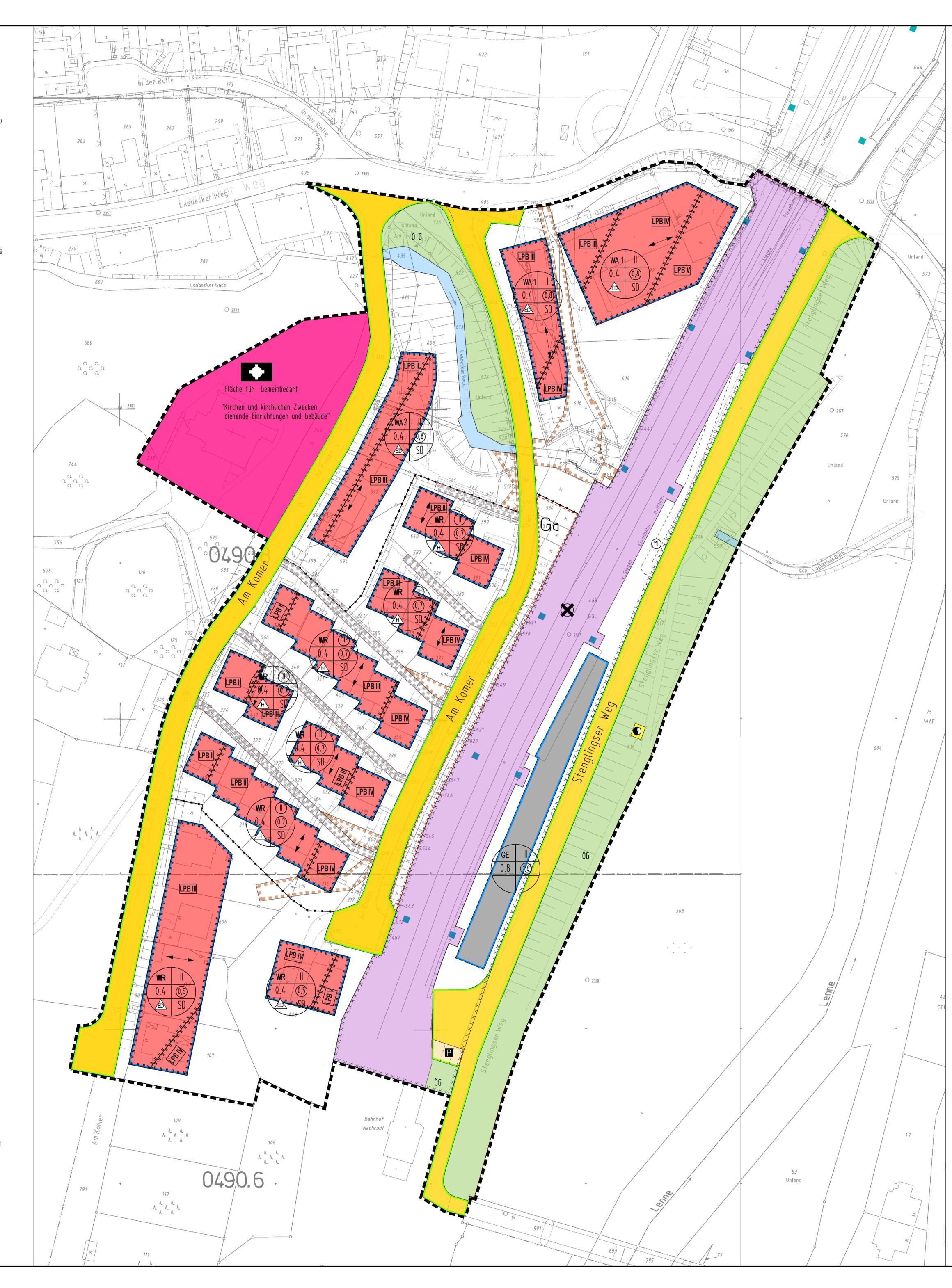
Der Satzungsbeschluss sowie der Ort der dauernden Auslegung des vorliegenden Bebauungsplans sind gem. § 10 BauGB am 16.06.2012 bekannt gemacht worden. Mit der Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan in Kraft.

lserlohn, den 21.06.2012 Der Bürgermeister:

gez. Dr. Ahrens (Dr. Ahrens)

HINWEIS

Bei Bodeneingriffen können Bodendenkmäler (kultur- und/oder naturgeschichtliche Bodenfunde, d.h. Mauern, alte Gräben, Einzelfunde aber auch Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit, Höhlen und Spalten, aber auch Zeugnisse tierischen und/oder pflanzlichen Lebens aus Erdgeschichtlicher Zeit) enddeckt werden. Die Entdeckung von Bodendenkmälern in der Stadt/Gemeinde als Unterer Denkmalbehörde und/oder der LWL-Archäologie in Westfalen, Außenstelle Olpe (Tel.: 02761/93750; Fax: 02761/2466) unverzüglich anzuzeigen und die Entdeckungsstätte mindestens drei Werktage in unverändertem Zustand zu erhalten (§15 u. 16 Denkmalschutzgesetz NRW), falls diese nicht vorher von den Denkmalbehörden freigegeben wird. Der Landschaftsverband Westfalen_Lippe ist berechtigt, das Bodendenkmal zu bergen, auszuwerten und für wissenschaftliche Erforschung bis zu 6 Monaten in Besitz zu nehmen (§16 Abs. 4 DSchG NW).



FESTSETZUNGEN

Art und Maß der baulichen Nutzung gem. § 9 Abs. 1 BauGB

Reine Wohngebiete gem. § 3 BauNVO

Zulässig sind gem. § 3 Abs. 1 BauNVO Wohngebäude. Gem. § 1 Abs. 6 BauNVO wird festgesetzt, dass alle Ausnahmen, die gem. § 3 Abs. 3 BauNVO vorgesehen sind, nicht Bestandteil dieses Bebauungsplanes werden.

Allgemeine Wohngebiete gem. § 4 BauNVO

WA 1 Zulässig sind gem. § 4 Abs. 2 BauNVO

Worlingebadde.
 die der Versorgung des Gebietes dienenden L\u00e4den, Schank- und Speisewirtschaften, sowie nicht st\u00f6rende Handwerksbetriebe.
 Anlagen f\u00fcr kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche

Gemäß § 1 Abs. 9 BauNVO wird festgesetzt, dass von den gem. § 4 Abs. 3 BauNVO ausnahmsweise vorgesehenen Nutzungen, nur
1. Betriebe des Beherbergungsgewerbes,
2. sonstige nicht störende Gewerbebetriebe,
3. Anlagen für Verwaltungen zulässig sind.

WA 2 Gemäß § 1 Abs. 5 BauNVO wird festgesetzt, dass hier nur folgende Arten von Nutzungen zulässig sind.

1. Wohngebäude, 2. die der Versorgung des Gebietes dienenden nicht störenden Hand-3. Anlagen für kirchliche und soziale Zwecke.

Gemäß § 1 Abs. 9 BauNVO wird festgesetzt, das von den gem. § 4 Abs..3 BauNVO ausnahmsweise vorgesehenen Nutzungen nur sonstige, nicht störende Gewerbebetriebe zulässig sind.

Gewerbegebiete gem. § 8 BauNVO

Gem. § 1 Abs. 5 BauNVO wird festgesetzt, dass hier nur Büro- und Verwaltungsgebäude als auch Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen, sowie Betriebsinhaber und- leiter allgemein zulässig sind. Die Wohnungen müssen dem Gewerbebetrieb zugehörig und ihm gegenüber in Grundfläche und Baumasse untergeordnet sein. Es ist jedoch nur 1 WE je Betrieb allgemein zulässig.

Ausnahmsweise sind nicht wesentlich störende Gewerbebetriebe aller Art, außer Einzelhandel zulässig, wenn die Unbedenklichkeit hinsichtlich des Störgrades durch Einzelgutachten nachgewiesen werden kann.

In dem GE-Gebiet des Plangebietes sind Vorhaben (Betriebe und Anlagen) zulässig, deren Geräusche die angegebenen Emmissioskontingente nach DIN 45691 weder tags 59 dB (A) (6.00 Uhr bis 22.00 Uhr) noch nachts 44 dB (A) (22.00 Uhr bis 6.00 Uhr) überschreiten.

Geschossflächenzahl

Grundflächenzahl

Zahl der Vollgeschosse (als Höchstgrenze)

Zahl der Vollgeschosse (zwingend)

→ Firstrichtung

Bauweise, Baugrenzen und überbaubare Grundstücksflächen gem. § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB

Überbaubare Fläche der Reinen Wohngebiete

Überbaubare Fläche der Allgemeinen Wohngebiete

Überbaubare Fläche der Gewerbegebiete

nur Hausgruppen zulässig

nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig

Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung, z.B. von Baugebieten, oder Abgrenzung des Maßes der Nutzung innerhalb eines Baugebiets

Flächen für den Gemeinbedarf gem. § 9 Abs 1 Nr. 5 BauGB

Fläche für Gemeinbedarf

Kirchen und kirchlichen Zwecken dienende Einrichtungen und Gebäude

Verkehrsflächen gem. § 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB

Begrenzungslinie der öffentlichen Verkehrsfläche

Sonstige überörtliche und örtliche Hauptverkehrsstraßen

Ruhender Verkehr - Öffentliche Parkfläche-

Bahnanlagen Stahlgittermasten im Bereich der Bahnanlagen
– nachrichtliche Darstellung –

Flächen für Versorgungsanlagen gem. § 9 Abs. 1 Nr. 12 BauGB

Flächen für Versorgungsanlagen - Trafo

Grünflächen gem. § 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB

Wasserflächen und Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasser-schutz und die Regelung des Wasserabflusses gem. § 9 Abs. 1 Nr. 16 BauGB

Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen gem. § 9 Abs. 21 BauGB

Mit Leitungsrechten zu belastende Flächen

Mit Geh- und Leitungsrechten zu belastende Flächen

Gehrecht zugunsten der Anlieger Kanalleitung zugunsten des Wasser-werkes der Gemeinde Nachrodt-

Stromkabelleitung zugunsten der RWE Telefonkabelleitung zugunsten der Deutschen Bundespost bzw. deren Rechtsnachfolger

Flächen für Gemeinschaftsanlagen gem. § 9 Abs. 1 Nr. 22 BauGB

Ga Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze, Garagen und Gemeinschaftsanlagen ----Garagen----

Sonstige Planzeichen

Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans

HINWEISE

Altlastenverdachtsfläche Flächen, deren Böden erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastet sind gem. § 9 Abs. 5 Nr. 3 BauGB. Falls Bautätigkeiten in dem Bereich durchgeführt werden, ist eine Abstimmung mit dem Umweltamt des Märkischen Kreises erforderlich. (§9 Abs.5 Nr.3 und Abs.6 BauGB)

geplanter Fuß- und Radweg

Flächen und Maßnahmen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen qem. § 9 Abs. 24 BauGB

шшшшш Maßgeblicher Außenlärmpegel (Lärmpegelbereich nach DIN 4109) Berechnungshöhe 5 m.

Sämtliche Wohngebiete im Bereich des Plangebietes gehören zu den Lärmpegelbereichen II - V. Die gekennzeichneten Fassaden (einschließlich der Fenster) müssen nach DIN 4109 die folgenden resultierenden Lärmschalldämm-Maße R'w,res. aufweisen:

npegel- eich	Maßgeblicher Außenlärm- pegel It. Lärmkarten zur Tageszeit in dB (A)	erf. R´w,res des Auße bauteils bei Wohnun in dB
	56 - 60	30
I	61 - 65	35
/	66 - 70	40
	71 - 75	45

Vorbehaltlich einer Einzelfallprüfung, sind für übliche Bauausführungen von Aufenthaltsräumen in Wohnungen (Raumhöhe etwa 2,5 m, Raumtiefe etwa 4,5 m oder mehr, Fensterflächenanteil Lärmpegelbereiche II bis V bis 50 % und Lärmpegelbereich VI bis 40 %) für die untenstehenden Lärmpegelbereiche Anforderungen zu stellen, die über die bei Neubauten vorgeschriebenen Bauausführungen (Außenwand/Fenster) hinausgehen.

Im vorliegenden Fall leiten sich folgende Anforderungen für die schutzbeanspruchende Nutzung ab.

Lärmpegelbereich II, 56 - 60 dB (A),

Keine weitergehenden Anforderungen, die über die bei Neubauten standardmäßigen Bauausführungen hinausgehen.

b. Lärmpegelbereich III, 61 - 65 dB (A)

Betrifft WR- und WA-Gebiete

Dachgeschosse:

keine weiteren Anforderungen Außenwände:

Fenster: Keine weitergehenden Anforderungen, die über die bei Neubauten vorgeschriebene Bauausführungen hinausgehen (Schallschutzklasse 2) - Dächer ausgebauter

> 40 dB erforderlich, Ausführungsbeispiel: Dacheindeckung auf Querlattung, Unterspannbahn, 60 mm Faserdämm-

stoffe, unterseitige Spanplatten oder Gipskarton mit 12 mm und 10 kg/m² auf Zwischenlattung.

Falls nicht massiv ausgeführt, ist ein bewertetes Schalldämm-Maß R'w

c. Lärmpegelbereich IV, 66 - 70 dB (A)

Betrifft östlichen Bereich des Plangebietes

keine weitergehenden Anforderungen

Schallschutzklasse 3 nach VDI 2719, bei der Bestellung sollte ein Prüfzeugnis mit R'w 37 dB gefordert werden. - Dächer ausgebauter

Falls nicht massiv ausgeführt, ist ein bewertetes Schalldämm-Maß R'w

Dacheindeckung mit Anforderungen an die Dichtheit (z.B. Falzdachziegel bzw. Betondachsteine, nicht verfalzte Dachziegel bzw. Dachsteine in Mörtelbettung, Faserzementplatten auf Rauspund 20 mm) Unterspannbahn 60 mm Faserdämmstoffe, unterseitige Spanplatten oder Gipskarton mit

12 mm und 10 kg/m² auf Zwischenlattung. d. Lärmpegelbereich V, 71 - 75 dB (A)

Betrifft südliches WR-Gebiet und nördlich WA-Gebiet - Ostseiten

Keine weitergehenden Anforderungen

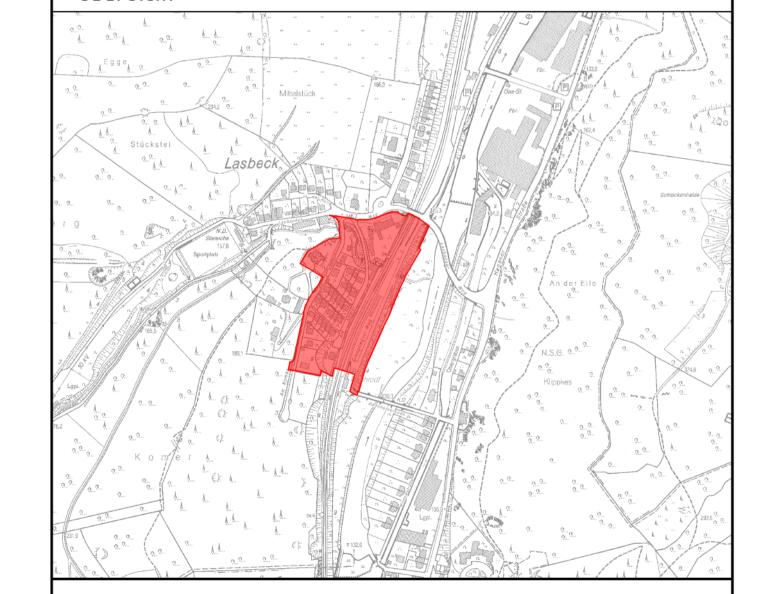
Schallschutzklasse 4 nach VDI 2719, bei der Bestellung sollte ein Prüfzeugnis

mit R'w 42 dB gefordert werden. - Dächer augebauter

Falls nicht massiv ausgeführt, ist ein bewertetes Schalldämm-Maß R'w 50 dB

Kann nur mit Kenntnis weiterer baulicher Einzelheiten angegeben werden.

Übersicht



Stadt Iserlohn

Bebauungsplan Nr. 358

Letmathe – Am Komer (Neuaufstellung)

gem. § 13 a BauGB

Maßstab : 1:500